



M. M. WARBURG & CO SCHIFFAHRSTREUHAND

«Anlegernr»

«Anrede»

«Name1»

«Name2»

«Name3»

«Name4»

«Strasse»

«Pstlz» «Ort»

Ulrike Slotala

Telefon (040) 32 82-52 38

Telefax (040) 32 82-52 10

E-Mail uslotala@mmwarburg.com

Hamburg, den 6. November 2003

MS „Pacific“ GmbH & Co. KG Protokoll der Gesellschafterversammlung Anschlußvercharterung

«Briefl_Anrede1»,

«Briefl_Anrede2»,

anbei übersenden wir Ihnen das Protokoll der Gesellschafterversammlung, die am 10. September 2003 in Hamburg stattgefunden hat, mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Darüber hinaus finden Sie beigefügt ein Gesellschafterrundschreiben der Fondsgeschäftsführung, in dem diese über die erfreuliche Anschlußvercharterung des MS „Pacific“ berichtet.

Mit freundlichen Grüßen

M.M.Warburg & CO
Schiffahrtstreuhand GmbH

Anlage

EINGEGANGEN

30. OKT. 2003

M. M. Warburg & CO
Schiffahrtstreuhand GmbH

Protokoll

der ordentlichen Gesellschafterversammlung der

MS "Pacific" GmbH & Co. KG

am 10. September 2003, 14.30 Uhr

Ort: Hotel Steigenberger, Heiligengeistbrücke 4, 20459 Hamburg

Teilnehmer:

Karl-Georg von Ferber

Geschäftsführer der MS "Pacific" GmbH & Co. KG

Volker Redersborg

Prokurist der MS "Pacific" GmbH & Co. KG

Dr. Helmuth Koegel-Dorfs

Beirat (Vorsitzender)

Lothar Schramm

Beirat

Dr. Armin Herrmann

Beirat

Ingrid Kindsmüller

Geschäftsführerin der M.M.Warburg & CO
Schiffahrtstreuhand GmbH

Dr. Thomas Ritter

Geschäftsführer der Hamburgische Seehandlung
Gesellschaft für Schiffsbeteiligungen mbH & Co. KG

Herbert H. Dahm

Wirtschaftsprüfer, Ernst & Young AG

Jan Bolzen

Protokollführer

Gesellschafter

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der form- und fristgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung sowie Genehmigung der Tagesordnung

Herr von Ferber eröffnet die Gesellschafterversammlung um 14.40 Uhr. Er begrüßt die Teilnehmer und stellt das Podium vor.

Die form- und fristgemäße Ladung wird festgestellt. Die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung wird von Frau Kindsmüller wie folgt festgestellt:

persönlich anwesend (inkl. Gründungsgeschafter)	7.521	(20,55 %)
treuhänderisch vertretenes Kapital mit Weisung	10.761	(29,40 %)
treuhänderisch vertretenes Kapital ohne Weisung	18.318	(50,05 %)
Gesamtstimmen	36.600	(100,00 %)

Nachdem es gegen die Tagesordnung keine Einwendungen gibt, wird diese in der vorliegenden Form genehmigt.

Bericht der Geschäftsführung über das Geschäftsjahr 2002

Herr von Ferber berichtet zunächst über das im Januar 2002 erfolgreich abgeschlossene Sanierungskonzept. Gemessen am kumulierten Cash-Flow hat sich die Gesellschaft sogar etwas besser als prospektiert entwickelt. Den um ca. 10% geringeren Ausschüttungen steht ein Tilgungsvorsprung von ca. 1,5 Jahren gegenüber.

In 2002 war das Schiff unverändert zu einer Bareboat-Charterrate von EUR 10.226 (DM 20.000) bei Hansescan beschäftigt. Die Bareboat-Charter endet planmäßig nach 7 Jahren Ende 2003.

Das Schiff wird regelmäßig von Inspektoren des Vertragsreeders sowie der Klassifikationsgesellschaft begutachtet. Es befindet sich - dem Alter von 11 Jahren entsprechend - in einem guten Zustand.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2003 / 2004

Herr von Ferber erklärt, dass sich die Chartern für Containerschiffe zur Zeit auf einem sehr hohen Niveau befinden. Aktuell bekäme man ca. USD 20.000 pro Tag (für 1 Jahr) auf Zeitcharterbasis. Grund hierfür ist insbesondere die starke Nachfrage aus China.

Herr Redersborg ergänzt, dass diese gute Marktlage voraussichtlich noch bis 2004 anhält. Wegen der hohen Anzahl von Neubestellungen, die in jüngster Zeit getätigt wurden, ist allerdings mit einem Absinken der Raten voraussichtlich ab 2005 zu rechnen.

Aus Sicht der Geschäftsführung ist es sinnvoll eine möglichst lange Anschlussbeschäftigung auf Zeitcharterbasis zu finden und dann zum 1.1.2004 zur Tonnagesteuer zu optieren.

Herr Kalinowski erkundigt sich nach der voraussichtlichen Dauer der Anschlussbeschäftigung.

Herr Redersborg erklärt, dass die Geschäftsführung mit einem Zeitchartervertrag über ca. 2 Jahre rechnet. Längere Zeitcharterverträge sind bei entsprechend alten Schiffen selten.

Herr Bahlsen erkundigt sich nach der Höhe der Schiffsbetriebskosten.

Herr Redersborg erklärt, dass die Schiffsbetriebskosten, die der Fonds bei einem Zeitchartervertrag selbst tragen muss, bei ca. USD 6.000 pro Tag liegen. Zur Zeit trägt die Schiffsbetriebskosten noch der Charterer, wobei sich dies natürlich in der niedrigeren Bareboat-Rate widerspiegelt.

Herr Martens möchte wissen, für welchen Zeitpunkt der Verkauf des Schiffes geplant ist.

Herr von Ferber erklärt, dass der Verkaufstermin nicht festgelegt ist und durch einen entsprechenden Beschluss von der Gesellschafterversammlung bestimmt wird. Ein längeres Betreiben unter Tonnagesteuer ist in der Regel aber besser als ein kurzfristiger Verkauf, da es u.a. durch den Wechsel zur Tonnagesteuer zu einer Stundung der Besteuerung des Unterschiedsbetrages kommt.

Herr Martens hält einen Verkauf des Schiffes bis spätestens 2006 – wie im Prospekt vorgesehen – für sinnvoll, da seiner Meinung nach in den nächsten Jahren wegen der hohen Zahl von Neubauten mit einem erneuten Absinken der Charraten zu rechnen ist. Außerdem ist die „Pacific“ wegen zu geringer Geschwindigkeit und Containerkapazität in Zukunft nicht mehr wettbewerbsfähig.

Herr von Ferber erklärt, dass Schiffe wie die „Pacific“ mehr und mehr als Feederschiffe eingesetzt werden. Die geringe Geschwindigkeit wird durch die sehr hohe Tragfähigkeit kompensiert. Insofern ist die „Pacific“ auch in Zukunft wettbewerbsfähig.

Geplante Option zur Tonnagesteuer

Herr Redersborg erklärt, dass zum 1.1.2004 der Wechsel zur Tonnagesteuer voraussichtlich erstmals möglich ist. Wegen der bisherigen Bareboat-Vercharterung war ein Wechsel bisher nicht möglich. Um zur Tonnagesteuer zu optieren ist ein entsprechender Beschluss der Gesellschafter notwendig.

Der geplante Wechsel hat zur Folge, dass der jährliche laufende Gewinn ab 2004 pauschal anhand der Größe des Schiffes ermittelt wird und nur noch bei ca. 0,2% p.a. liegt. Da das Schiff in ca. 2,5 Jahren schuldenfrei ist, können in Zukunft voraussichtlich hohe Ausschüttungen nahezu ohne steuerliche Belastungen an die Gesellschafter ausgezahlt werden. Daher werden Schiffe unter Tonnagesteuer in der Regel länger betrieben.

Bei Verkauf des Schiffes muss dann allerdings der sogenannte Unterschiedsbetrag versteuert werden, und zwar unabhängig vom tatsächlichen Veräußerungserlös. Der Unterschiedsbetrag ermittelt sich aus der Differenz von Buchwert gemäß Bilanz und dem Teilwert (aktueller Zeitwert des Schiffes) zum Zeitpunkt des Wechsels zur Tonnagesteuer.

Bericht des Beirates

Der Beiratsvorsitzende Herr Dr. Koegel-Dorfs berichtet, dass der Beirat durch schriftliche Berichte der Geschäftsführung und durch telefonische Erläuterungen über den Verlauf der Geschäfte im Jahre 2002 unterrichtet wurde. Der Geschäftsverlauf 2002 war planmäßig.

In der letzten Beiratssitzung im April 2003 wurde - gemeinsam mit der Geschäftsführung und dem Treuhänder - ausführlich über die Anschlussbeschäftigung und einen möglichen Verkauf diskutiert.

Es wurden außerdem der Jahresabschluss 2002, der geplante Wechsel zur Tonnagesteuer und die für die Jahre 1996 - 1998 durchgeführte Betriebsprüfung erörtert.

Bericht zum aktuellen Stand der Betriebsprüfung

Herr Dahm erklärt, dass eine Abschlussbesprechung für die Betriebsprüfung der Jahre 1996 - 1998 bereits stattgefunden hat. Geänderte Bescheide sind allerdings noch nicht ergangen. Insbesondere über vier Punkte konnte keine Einigkeit erzielt werden:

Das Finanzamt steht auf dem Standpunkt, dass **Vorsteuern** für Leistungen in der Gründungsphase, die im Zusammenhang mit der Einwerbung von Kommanditkapital stehen, nicht erstattungsfähig sind. Zu diesem Thema wird eine grundsätzliche Entscheidung vom BFH noch im Oktober 2003 erwartet. Herr Dahm ist zuversichtlich, dass eine für die Gesellschaft positive Entscheidung getroffen wird.

Die amtlichen **AfA-Tabellen** sowie die OFD-Verfügungen zur AfA bei gebrauchten Schiffen sollen nach Auffassung des Finanzamtes nicht anwendbar sein. Vielmehr soll sich die AfA des Schiffes anhand des Betriebskonzeptes gemäß Prospekt ermitteln und daher von 8 auf 10 Jahre verlängern. Aufgrund der max. Höhe der degressiven AfA von 30% ergibt sich hierdurch zwar keine Auswirkung für den Betriebsprüfungszeitraum (1996 - 1998), wohl aber für das Jahr des Wechsels zur linearen AfA (2002). Herr Dahm hält die Argumentation der Finanzverwaltung für nicht haltbar. Zu diesem Thema sind auch bereits Klagen (vor dem Finanzgericht Hamburg) anhängig.

Bei der Ermittlung der in 1996 gebildeten **Rückstellung für drohende Verluste** will das Finanzamt die zu berücksichtigende Abschreibung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermitteln (15 Jahre statt 8 Jahre). Es käme dann nicht zu einer Bildung der Rückstellung in 1996 mit der Folge starker Verlustverschiebungen in spätere Jahre. Die Quote der ausgleichsfähigen Verluste würde allerdings für die Jahre der Betriebsprüfung (1996 - 1998) insgesamt nicht unter 105 % fallen, so dass der Wegfall der Rückstellung für Gesellschafter, die sich jedes Jahr in der höchsten Steuerprogression befinden „nur“ Zinsnachteile hätte. Herr Dahm ist weiterhin zuversichtlich, dass die prospektierte Rückstellungsbildung zulässig ist. Eine eigene Klage der Gesellschaft vor dem Finanzgericht ist hier allerdings nicht ausgeschlossen.

Gem. **§ 15a Abs.3 EStG** wird eine Gewinnausschüttung dem laufenden Ergebnis als fiktiver Gewinn hinzugerechnet, soweit in dem entsprechenden Jahr ein negatives Kapitalkonto entsteht oder sich erhöht. Die Gewinnfiktion unterbleibt jedoch, sofern eine Außenhaftung durch die Entnahme entsteht. Hierzu ist eine direkte Eintragung der Gesellschafter ins Handelsregister erforderlich. Gem. Gesellschaftsvertrag ist dies mit

25% der Pflichteinlage vorgesehen. Das Finanzamt steht auf dem Standpunkt, dass eine Eintragung mit nur 25% der Pflichteinlage nicht ausreicht, um die notwendige Außenhaftung zu erzielen. Herr Dahm erklärt, dass die Argumentation des Finanzamtes nicht nachzuvollziehen ist und mit einer positiven Entscheidung für die Gesellschafter zu rechnen ist.

Auf Grundlage des Betriebsprüfungsberichtes werden vom Finanzamt geänderte Bescheide erlassen werden. Gegen diese Bescheide wird man Einspruch einlegen und sofern in ähnlichen Fällen bereits Klagen anhängig sind, das Ruhen des Verfahrens beantragen. Außerdem wird man in den Fällen, in denen die Gesellschafter mit Nachzahlungen zu rechnen haben, die Aussetzung der Vollziehung (AdV) auf Gesellschaftsebene beantragen. Jeder Gesellschafter kann jedoch individuell entscheiden, ob er die AdV für sich in Anspruch nehmen will.

Sonstiges

Herr von Ferber trägt ein Schreiben des Gesellschafters Preuß vor, der an der Gesellschafterversammlung nicht teilnehmen kann. Herr Preuß hält die vorgeschlagenen Beiratsvergütungen für zu hoch. Außerdem bittet er zukünftig um ausführlichere Geschäftsberichte.

Herr Eddicks merkt an, dass auch aus seiner Sicht die Steigerung der Beiratsvergütung gegenüber dem Vorjahr zu hoch ist. Es folgt eine kurze Diskussion über die Höhe der Beiratsvergütungen.

TOP 2 Feststellung des Jahresabschlusses 2002

Der Vorschlag, den Jahresabschluss 2002 festzustellen, wird wie folgt beschlossen:

36.600	Ja - Stimmen	(100,00 %)
--------	--------------	-------------

TOP 3 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2002

Der Vorschlag, der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen, wird wie folgt beschlossen:

120	Nein-Stimmen	(0,33 %)
100	Enthaltungen	(0,27 %)
36.380	Ja - Stimmen	(99,40 %)

TOP 4 Entlastung der Treuhandgesellschaft für das Geschäftsjahr 2002

Der Vorschlag, der Treuhandgesellschaft Entlastung zu erteilen, wird wie folgt beschlossen:

120	Nein-Stimmen	(0,33 %)
100	Enthaltungen	(0,27 %)
36.380	Ja - Stimmen	(99,40 %)

TOP 5 Entlastung des Beirates für das Geschäftsjahr 2002

Der Vorschlag, dem Beirat Entlastung zu erteilen, wird wie folgt beschlossen:

200	Nein-Stimmen	(0,55 %)
85	Enthaltungen	(0,23 %)
36.315	Ja - Stimmen	(99,22 %)

TOP 6 Wahl eines Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2003

Der Vorschlag, die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer zu wählen, wird wie folgt beschlossen:

180	Enthaltungen	(0,49 %)
36.420	Ja - Stimmen	(99,51 %)

TOP 7 Verwendung der freien Liquidität

Der Vorschlag, eine Ausschüttung von 9% der Kommanditeinlage für das Jahr 2003 im März 2004 vorzunehmen und die darüber hinaus zur Verfügung stehende Liquidität für Sondertilgungen des Schiffshypothekendarlehens zu verwenden, wird wie folgt beschlossen:

370	Nein-Stimmen	(1,01 %)
36.230	Ja - Stimmen	(98,99 %)

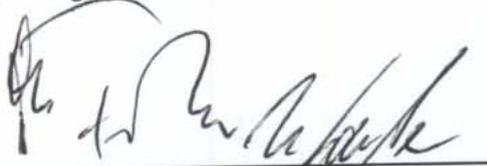
TOP 8 Festsetzung der Beiratsvergütung

Der Vorschlag, die Beiratsvergütung auf EUR 3.500 p.a. für den Beiratsvorsitzenden und jeweils EUR 2.500 p.a. für die beiden anderen Beiräte bis auf weiteres festzusetzen, wird wie folgt beschlossen:

695	Nein - Stimmen	(1,90 %)
5.145	Enthaltungen	(14,06 %)
30.760	Ja - Stimmen	(84,04 %)

Da es keine weiteren Fragen gibt, dankt Herr von Ferber allen Anwesenden und schließt die Gesellschafterversammlung um 16.00 Uhr.

Hamburg, den 16.09.2003


 MS „Pacific“ GmbH & Co. KG


 Jan Bolzen (Protokollführer)



MS PACIFIC

MS "Pacific" - Lange Str. 1 a 18055 Rostock

An die
Gesellschafter und Gesellschafterinnen der
MS „Pacific“ GmbH & Co. KG

Lange Str. 1 a
18055 Rostock
Tel.: 0381 - 66 60 425
Fax: 0381 - 66 60 477

Hamburg, 23. Oktober 2003

Ja/sk

F:\ALLE\Fondsmanagement\04-
Patmos\Sonstiges\23-10-neuvercharter.patm-
pac..doc

Neuvercharterung des MS „Pacific“

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben möchten wir Sie darüber informieren, dass wir in den vergangenen Tagen Gespräche bezüglich einer weiteren Vercharterung des MS "Pacific" erfolgreich beendet haben.

Zur Erinnerung: Das Schiff fährt seit Dezember 1996 in Bareboatcharter für die Reederei Hansescan GmbH, die das Schiff in Subcharter der Hanjin Shipping Corporation Ltd. überlassen hat. Auslauf der Charter zu aktuell EUR 10.225,84 pro Tag (DM 20.000,-) ist der 26.12.2003 (-45 Tage).

Vereinbart wurde jetzt eine direkte Weitervercharterung für einen Zeitraum von zwei Jahren ab dem 27.12.2003 auf Basis einer Zeitcharter, d.h. dass die Betriebskosten des Schiffes zukünftig von der Fondsgesellschaft zu tragen sind. Für die ab dem 27.12.2003 zählende Zeitcharterrate konnte eine Bruttotagesrate von USD 21.400 erzielt werden. Diese sehr erfreuliche Rate spiegelt die derzeit große Nachfrage nach Containerschiffen in nahezu allen Größenklassen wider.

Für die Fondsgesellschaft ergeben sich - neben der erfreulichen Charterrate - im wesentlichen zwei Vorteile aus der vereinbarten Neuvercharterung:

Zum einen ist die Beschäftigung auf Zeitcharterbasis Voraussetzung für eine spätere Optimierung zur Tonnagesteuer gem. § 5a EStG, so dass wir damit rechnen, im kommenden Jahr - nach entsprechendem Beschluss der Gesellschafter - mit Wirkung zum 01.01.2004 zur Tonnagesteuer optieren zu können. Einer nahezu steuerfreien Vereinnahmung von Ausschüttungen stünde dann nichts mehr entgegen. Wir werden hierzu im kommenden Jahr noch im Rahmen der jährlichen Beschlussfassungen auf Sie zukommen.

Zum anderen bleiben der Gesellschaft durch die direkte Weitervercharterung Einnahmeverluste und Kosten aus einer etwaigen Ballastreise zur Anlieferung in eine neue Beschäftigung erspart.

MS "Pacific"
GmbH & Co. KG

Commerzbank
Rostock
BLZ 130 400 00
Kto 104 41 48

Handelsregister
Amtsgericht Rostock
HR A 1154

Komplementarin:
Verwaltungsgesellschaft
MS "Pacific" mbH

Handelsregister
Amtsgericht Rostock
HR B 5625

Geschäftsführer:
Karl-Georg von Ferber
Helge Janßen

Durch den Wechsel der Einnahmewährung aus der Neuvercharterung fallen die künftigen Einnahmen nicht mehr in der Währung unseres Hypothekendarlehens an. Um hieraus resultierende Risiken zu vermeiden, arbeiten wir daher derzeit in Abstimmung mit dem Beirat an der Umstellung des Darlehens von Euro in USD. Wir werden Sie hierzu in unserem Bericht zum Geschäftsjahr 2003 weiter informieren.

Mit freundlichen Grüßen

MS „Pacific“ GmbH & Co. KG



Helge Janßen



Karl-Georg von Ferber

